

Heute ist Mittwoch der 11. Oktober zum Frühjournal begrüßt sie Paul Kaker, die Themen. Israel bombardiert weiter Ziele im Gaserstreifen. Durch den Hamas-Angriff sollen 1200 Israelis getötet worden sein. Österreich unterstützt Vermittlungsbemühungen der Türkei in dem Konflikt. Die Blockade in der Regierung um Postenbesetzungen könnte sich nach Monaten lösen. Zunächst zum Wetter. Daniel Schlager, bitte. Hoher Luftdruck bestimmt er heute in weiten Teilen Europas das Wetter. Damit auch von Linz und Graz Ostwärts mehr Sonne als gestern und meist nur dünne Schleierwolken. Nach Westen zu ist es ohnehin strahlend sonnig. Nebel oder Hochnebel können zunächst mal noch dabei sein, etwa in Unterkärnten in der südlichen Steiermark, im Mürztal, in weiten Teilen des Burgenlands oder auch im Machfeld und bei Linz. Und an wenig können sich die Nebelfelder noch ausbreiten. Spätestens ab Mittag scheint dann aber auch hier die Sonne. Dazu teils mäßiger Wind aus West bis Süd und am Nachmittag sehr warm mit 20 bis 27 Grad, die 27 im Osten, in 2000 Meter Höhe 12 bis 16 Grad. Frische 2 Grad sind es jetzt aber nur in St. Michael im Lungau. Hier gibt es sogar leichten Bodenfrost. In Wien, Eisenstadt und St. Pölten hat es dagegen um 12 Grad, Linz meldet 11, Salzburg und Innsbruck 10 Grad, inbrigns 12, 9 und Klagenfurt 11 Grad. Morgen dann Nachnebelauflösung erneut viel Sonne und erst im Lauf des Nachmittags aus Nordnach Wolken. Dazu teilweise windig und weiterhin extrem warm. Israel hat in der Nacht seine Vergeltungsangriffe im Gaserstreifen für die Hamas Attakten fortgesetzt. Hunderte Ziele wurden beschossen. Durch den Hamas Angriff sind nach jüngsten Angaben aus Israel 1.200 Menschen getötet worden, darunter alleine 260 bei einem Musikfestival. Israels Gegenangriffe gelten dem gesamten Gaserstreifen. Unterstützt wird die Armee vom wichtigsten Bündnispartner den USA. Markus Müller berichtet. Der US-amerikanische Flugzeugträger Gerald Ford ist im östlichen Mittelmeer angekommen. Ein Zeichen der Unterstützung für Israel und ein Signal an dem Miliz Hisbollah, sich nicht weiter am Konflikt zu beteiligen. Auch der Norden Israels ist in den letzten Tagen vom Libanon aus beschossen worden. Die israelische Armee hat die Grenze zum Gaserstreifen in zwischen gesichert, sagt der Armee-Sprecher. Jetzt würden die Ziele der Hamas ins Visier genommen. Alle hätten im Kopf wie frühere Konflikte abgelaufen sind, sagt er. Diesmal sei es anders. Die Ereignisse vom Samstag seien beispiellos eine Kriegserklärung an Israel. Er sagt der Armee-Sprecher Richard Hecht. Niemals seit dem Holocaust seien an einem einzelnen Tag so viele Juden getötet worden wie letzten Samstag. Das Land hat 300.000 zusätzliche Soldaten mobilisiert und bereitet weitere Militäreinsätze vor. Seit gestern sind 200 Ziele im Gaserstreifen angegriffen worden. Die Infrastruktur der Terrororganisation Hamas soll dabei zerstört werden, nach ersten Angaben, soll dabei auch mehrere hochrangige Vertreter der Hamas getötet worden sein. Insgesamt sind bei den Angriffen in Gaza 900 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 2000 verletzt worden. Mehr als 200.000 Menschen sollen demnach ihre Häuser und Wohnungen verlassen haben und jetzt obdachlos sein. Internationale Organisationen haben Israel zur Zurückhaltung beim Angriff auf

zivile Einrichtungen im Gaserstreifen aufgerufen. Bisher bekommen die Palästinenser Hilfszahlungen

der EU von fast 300 Millionen Euro, doch soll man nach den Angriffen der Hamas damit fortfahren? Am Abend haben sich die EU-Ausminister auf Einladung von EU-Außenminister Josep Borrell getroffen, teils physisch im Moment, teils per Video, das erste Treffen seit den Terroranschlägen auf Israel. Österreicher Dage könne die Zahlungen an die Palästinenser einzufrieren. Die Mehrheit der EU 27 sieht das aber anders, berichtet unser EU-Korrespondent Robert Zignund. 185 Millionen Euro

Entwicklungshilfe und 97 Millionen humanitärer Hilfe hat die EU im Vorjahr an die Palästinenser überwiesen und aus vielen europäischen Hauptstädten, aber auch von Außenbeauftragten Borrell selbst hört man, dass ein Kürzen diese Unterstützung in erster Linie der Hamas zu Gute käme. Ja, die Kommission schlägt eine Untersuchung vor und auch manche Mitgliedsländer wollen wissen, wer dort dieses Geld bekommt. Damit eine Finanzierung der Hamas und ihrer Aktivität neben ausgeschlossen bleibt. Die Mehrheit der EU-Staaten wollen die Zahlungen weder stoppen, noch aussetzen, so Borrell. International wächst die Sorge, die Kämpfe zwischen Gaza und Israel könnten sich in der Region ausweiten. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bemüht sich um Vermittlungsgespräche. Wie ist der Reich unterstützt diese, wie Kanzler Karl Nehammer gestern bei seinem Besuch in Ankara erklärt hat, auch wenn die Türkei und Österreich in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung sind, trotz jüngster Ernährung. 22 Jahre lang war kein österreichischer Bundeskanzler mehr in die Türkei gereist, umso herzlicher wird Karl Nehammer gestern von Präsident Erdogan in Ankara begrüßt. Beide betonen die, nach längerer Eiszeit, nun wieder freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder, auch wenn

Nehammer wiederholt. Unsere Haltung zu den Beitrittsverhandlungen aus österreichischer Sicht ist ganz klar, wir haben das intensiv ausgetauscht. Ich halte es nicht für eine geeignete Zukunftsvariante für die Türkei. Das, was ich aber fest glaube, ist, dass wir in der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen, in der Frage der Sicherheitspolitik, da unsere Beziehungen noch viel mehr und viel intensiver ausbauen können.

Sofrieden will sich Erdogan damit allerdings nicht geben. Die EU sei nur vollständig mit einem Mitgliedsland Türkei, so der türkische Präsident.

Aus Ankara hat Katharina Wagner berichtet.

Die Regierung hat sich auf eine neue Chefin der Bundeswettbewerbsbehörde geeinigt, eine Nachricht, die normalerweise eher wenig Aufsehen auslösen würde. Auch dass der Generalrat der Nationalbank neu besetzt werden dürfte, wäre keine Sensation. Allerdings könnten die beiden Besetzungen eine monatelange regierungsinterne Blockade lösen. Denn ÖVP und Grüne haben

zuletzt zwei offene Posten miteinander verknüpft.

Felix Nowak berichtet.

Neue Leiterin der Bundeswettbewerbsbehörde soll Natalie Harstorff-Borsch werden. Sie hat zuletzt zwei Jahre lang interrimistisch die Geschäfte geführt. Eine Bestimmungskommission hat eigentlich nicht Harstorff-Borsch, sondern den Richter Michael Sachs an erster Stelle bereit. Die ÖVP hätte sich gerne angeschlossen, die Grünen haben aber Zweifel an Sachs Qualifikation

geäußert. Umgekehrt war die Situation beim Bundesverwaltungsgericht. Dort wollten die

Grünen die erst gereichte Sabine Matejka bis vor Kurzem Präsidentin der Richtervereinigung. Doch dagegen hat sich wiederum die ÖVP gestreift. Was die Lösung bei der Wettbewerbsbehörde jetzt für das Verwaltungsgericht bedeutet, muss sich noch zeigen. ORF-Informationen zu Folge gibt es jedenfalls auch beim Generalrat der Nationalbank eine Einigung. Dort sind Positionen seit August nicht nachbesetzt worden.

Ab morgen finden in Österreich Betriebsrätekonferenzen wegen der Metall der Lohnverhandlungen statt.

Am Montag sind die Lohngespräche unterbrochen worden. Die Arbeitgeber haben einen aus Sicht der Gewerkschaft respektloses Angebot vorgelegt. Betrachtet man das Angebot der Unternehmer genauer zeigt sich darin offenbar tatsächlich ein Paradigmenwechsel. Ein praktisch automatischer Inflationsausgleich ist offenbar Geschichte. Maria Kern berichtet.

Seit Jahren gilt die Inflation als Basis für die Lohnverhandlungen. Bei den laufenden Verhandlungen für die Metaller haben die Arbeitgeber aber das Wachstum der Industrie als Kennzahl herangezogen.

Davon ausgehend bieten sie ein Lohnbluss von 2,5 Prozent, außerdem eine Einmalzahlung von 1.050 Euro.

Wirtschaftsforscher Benjamin Bitschie vom WIFO sagt zur neuen Berechnungsmethode der Arbeitgeber.

Ja, also das ist tatsächlich eine Wendung oder eine Berechnung, wie sie eigentlich nicht üblich ist. Und auch wenn wir uns die Abschlüsse der letzten Zeit anschauen, ist immer die rollierende Inflation

zugrunde gelegt worden. Und die jüngsten Lohnabschlüsse in anderen Branchen hätten sich alle um rund 10 Prozent bewegt, so Bitschie. 11,6 Prozent fordert die Gewerkschaft für die Metaller. Ab morgen wird sie Betriebsrätin ganz Österreich über die stockenden Lohnverhandlungen informieren. An Österreichs Schulen gibt es zu wenige Lehrerinnen und Lehrer. Ausgeglichen wird der Mangel zu einem großen Teil durch Studierende. In vielen Klassen stehen junge Menschen, die noch studieren, aber bereits unterrichten. Sie gewinnen dadurch Praxis, aber es gibt auch negative Seiten. Eine Studie der Universität Wien sagt Auswirkungen, die den Mangel an Lehrkräften weiter verstärken könnten. Vor allem weil für viele das Studium durch das Unterrichten deutlich länger dauert. Katja Arthofer informiert. Selbst noch studieren und trotzdem bereits unterrichten. Fast 60 Prozent der Masterlärn studierenden tun es, aber auch bei den niedrigeren Semestern im Bachelorstudium ist es ein Viertel und das hat Auswirkungen, sagt Studienleiterin Nele Kampa vom Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität

Wien. Die Verlängerung des Studiums belegt sich tatsächlich auf 2,5 Semestern. Außerdem werden weniger Prüfungen abgelegt im Vergleich zu beiden anderen Gruppen, das ist die Freude an Studien und Gewinnern. Und die Hälfte derer, die Sport oder Informatik unterrichten, studieren das gar nicht. Auch bei Mathematik sind es 30 Prozent fachfremder. Das ist natürlich für die eigene Professionalisierung nicht günstig. Und so die Studie nur die Hälfte der Früheinsteigerinnen und Einsteiger kann sich vorstellen, bis zur Pensionierung als Lehrkraft zu arbeiten. Ein Zehntel will den Job überhaupt maximal fünf Jahre lang tun.

Katja Arthof hat berichtet. Das war das Frischenepel Paul Kranke. Es ist 6 Uhr 10. Guten Morgen mit Ö1.

Mit Martina Stommer Diese herzlich begrüßt. Wir schreiben den 11. Oktober 2023.

Heute ist Weltmädchentag, ein internationaler Aktionstag.